

Solidarisches Europa

Ein Kooperationsprojekt mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ (ArGe)
Koordination: michael.juretzek@nord-com.net

Mit der in dieser Ausgabe erstmals erscheinenden Rubrik „Solidarisches Europa“ und der Arbeitsplattform www.linkekritik.de/index.php?id=arge (ab 15.2.) wollen wir einen Blick werfen auf die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich um eine Ausgestaltung der Sozialpolitik in Europa mühen. Ein erster Blick auf die Listen von Organisationen, die im weitesten Sinne unter die Kategorie der zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen fallen, zeigt, dass für fast alle Themenbereiche des sozialen Lebens, aber auch der Umweltpolitik und anderer Themenbereiche spezielle Organisationen bestehen. Linke Politik hat oder hätte hier im klassischen Sinne Bündnispartner, im emanzipatorischen Sinne Betroffenengruppen, die in eigener Sache sprechen können und an der Ausgestaltung von Politik beteiligt werden müssten. Daraüber hinaus bieten die Initiativen Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für die Entfaltung kommunaler Aktivitäten. Das Wissen von und Kontakt zu EU-weit vernetzten Akteuren könnte eine Hilfe für ereignisorientiertes emanzipatorisches Handeln sein.

Arbeiterkammer Wien:

infobrief eu & international

Neben der Broschüre „Ein solidarisches Europa kann mehr“,¹ die zur letzten Europawahl 2019 erschien, veröffentlicht die Arbeiterkammer viermal jährlich einen „infobrief eu & international“.² Hierin erscheinen neben Beiträgen zu internationalen Themen wie z.B. „Das Comeback der US-Gewerkschaften“ (Nr. 4, Dez. 2023) immer auch Artikel zu aktuellen Themen aus der EU. Beispiele:

Dez. 2023 Das EU-Lieferkettengesetz.

Win-Win-Situation für Europa und den Globalen Süden.

Okt. 2023 EU-Haushaltsplanungen 2021–2027

mit deutlichen Lücken. Demokratien unter Druck. Reicht das Demokratiepaket der Europäischen Kommission aus?

März 2023 Die Europäische Mindestlohn-Richtlinie. Paradigmenwechsel für ein soziales Europa

Dez. 2022 Notfallinstrument für den Binnenmarkt. Streikrecht in Gefahr

Sept. 2022 Der soziale und ökologische Umbau braucht eine umfassende Reform der EU

¹ wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Ein_solidarisches_Europa_kann_mehr.pdf

² wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/euinfolbrief/index.html

Terminhinweis: Im Rahmen Jahresmitgliederversammlung des Vereins für *Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation* am **20./21. April in Mannheim** wird am Samstag, 16–19 Uhr eine Hybrid-Veranstaltung gemeinsam mit der ArGe stattfinden. Thema: Solidarisches Europa – praktische Kritik von völkischem Nationalismus und Orientierungsrahmen für die Wahl zum EU-Parlament. Im Rahmen der Sommerschule der ArGe (8. bis 10.8. Erfurt) wird das Thema *Solidarisches Europa* weiter bearbeitet. Näheres für beide Termine auf www.linkekritik.de/index.php?id=termine

AGE Platform Europe: Aktiv Altern in Europa

Das AGE¹ (englisch für Alter) ist eine Plattform von Organisationen, die sich für die Interessen und Rechte älterer Menschen in Europa einsetzt. Es geht vor allem um die Sensibilisierung für Gegenstände, die alle älteren Menschen betreffen. Autonomie, Wohlbefinden und gleichberechtigte Teilhabe soll für alle Lebensphasen ermöglicht werden. Die Organisation fokussiert dabei auch auf die Bekämpfung von Altersdiskriminierung, eine Verbesserung der Altersvorsorge und insgesamt die Förderung der Menschenrechte.

Rolf Gehring, Brüssel. Die Plattform wurde 2001 von drei Organisationen älterer Menschen aus England, Frankreich und den Niederlanden und nach belgischem Recht als ASBL (Vereinigung ohne Absicht auf Gewinnerzielung) gegründet. Das Statut anerkennt für die Mitgliedschaft unterschiedliche Organisationsformen. Aktuell zählt der Verband 102 Mitglieder aus 29 Ländern (Bundesrepublik Deutschland: Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen; Help Age Deutschland).

Mit Blick auf die Europawahlen hat die AGE im Oktober letzten Jahres ein Manifest für Europa² verabschiedet (bisher keine deutsche Version). Die Ankündigung des Manifests auf der Webseite des Verbandes verweist auf Anknüpfungspunkte an EU-Politiken:

„Im Jahr 2021 löste das EU-Grünbuch zum Thema Altern eine lebhafte Debatte aus, an der viele Interessenträger beteiligt waren und die hervorhob, wie das Altern in EU-Initiativen und -Politiken besser berücksichtigt werden sollte. Dies war ein erster Schritt, auf dem die Europäische Union ihre Arbeit für eine Gesellschaft für alle Altersgruppen aufbauen muss.

Die nächste Legislaturperiode wird den Anstoß geben, die Ergebnisse aller vielen fruchtbaren Debatten der letzten Zeit in die Praxis umzusetzen und effektiv umzusetzen:

- Förderung der Altersgleichheit,
- Förderung der Teilhabe und des aktiven Alterns,
- sorgen für Autonomie und Wohlbefinden.“

Direkt an das Parlament gewandt werden insbesondere Forderungen in den Bereichen Gleichberechtigung im Alter, Förderung der Partizipation und Teilha-



be im Alter, Autonomie und Wohlbefinden im Alter auf Basis von ausreichenden Renten und die Bekämpfung von Momenten der Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt (auch dem Zwang zur Verrentung) formuliert.

Die allgemeinen Orientierungen der Plattform finden sich vor allem in ihrer „Strategie 2022–2025 – Eine Gesellschaft für jedes Alter“.³ Als Prioritäten der Organisation werden darin unter anderem ausgeführt:

- die Verabschiedung eines EU-Rechtsrahmens gegen Altersdiskriminierung über die Beschäftigung hinaus;
- Folgemaßnahmen zum Grünbuch Altern, idealerweise im Format eines Weißbuches mit konkreter Gesetzgebungen und/oder Initiativen, wie etwa ein Modell zur Langzeitpflege (Grundsatz 18 der europäischen Säule sozialer Rechte); angemessene Renten und soziale Absicherung, die ein würdevolles Leben ermöglichen (Grundsatz 15); Leben und soziale Eingliederung;
- Überwachung der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz;
- Schlussfolgerungen ziehen aus den gewonnenen Erkenntnissen in der Covid-19-Pandemie bezüglich der stattgefundenen Einschränkungen der Rechte und der Würde älterer Menschen.

Interessant auch, dass die Strategie stark auf die internationale Ebene fokussiert. Der Verband will insbesondere „eine UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen (zu) unterstützen“, EU-Institutionen dafür gewinnen.

Dann auch: Teilnahme in der UN-Arbeitsgruppe zum Thema Altern, Unterstützung der Aktionspläne von WHO und UNECE.

¹ www.age-platform.eu/ ² agemanifestoep2024.files.wordpress.com/2023/12/agemanifesto2024_en.pdf

³ www.age-platform.eu/content/uploads/2023/09/AGE_Strategy_22-25_FINAL.pdf

Sicheres Trinkwasser in der ganzen EU!

Eva Detscher, Karlsruhe. Am 16. Dezember 2020 wurde die „Richtlinie (Eu) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)“ beschlossen. Ziele der Richtlinie sind der Schutz des Trinkwassers, der Gesundheitsschutz aller Menschen in der EU durch Festlegung von Mindestanforderungen an das Trinkwasser. Sie ist Bestandteil der Umsetzung des in der Säule der sozialen Rechte der EU festgelegten Rechts auf Wasserversorgung. Die Entwicklung neuer Mess- und Analysemethoden und Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation hat eine Überarbeitung der Vorläufer-Richtlinie zum Schutz der Menschen vor Schadstoffen nötig gemacht.

In der Neufassung wird aber auch auf die Europäische Bürgerinitiative von 2011 eingegangen (siehe Politische Berichte 6/23, Seiten 30–31): Die EU-Kommission hat „eine unionsweite öffentliche Konsultation eingeleitet, und die Richtlinie 98/83/EG wurde auf ihre Effizienz und Leistungsfähigkeit hin bewertet (REFIT-Bewertung). Dabei wurde deutlich, dass einige Bestimmungen jener Richtlinie aktualisiert werden müssen. Außer-



ERFOLGSBEISPIEL

FORUM ZUR EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE

RIGHT2WATER

https://citizens-initiative-forum.europa.eu/sites/default/files/2021-03/Right2Water%20DE.pdf

dem wurde im Rahmen der Initiative Right2Water als besonderes Problem festgestellt, dass ein Teil der Bevölkerung – insbesondere Randgruppen – keinen Zugang zu Wasser für den menschlichen Gebrauch hat; diesen Zugang zu ermöglichen stellt auch eine Verpflichtung gemäß dem Ziel 6 der Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dar.“

Die europäische Bürgerinitiative hat der Kommission geholfen, die richtigen Fragen zu stellen. Die Institutionalisierung der Trinkwasser-Kontrolle, der -versorgung und Abwasser-Entsorgung ist auch ein wesentliches Element der Angleichung der Lebensbedingungen innerhalb der EU. Die Herausforderungen in diesem Feld sind groß, u.a. aufgrund der geografischen Unterschiede bzgl. ausbleibenden Regens, Schrumpfens der verfügbaren Ressourcen, Trockenheit und Absinkens der Grundwasserspiegel.

Handreichung für Kommunen aus europapolitischer Perspektive

72 Seiten, September 2023. Druckversion: Delegation Die Linke im Europaparlament, Pressekontakt André Seubert: andre.seubert@ep.europa.eu; siehe auch: <https://www.dielinke-europa.eu/de/zopic/85.kontakt.html>



Das Projekt von Martina Michels, Sprecherin der Delegation Die Linke im Europäischen Parlament, schlägt den Bogen von EU-Richtlinien, Verordnungen, Empfehlungen

und Förderprogrammen zu den Lebenswelten der Menschen in der EU. Unterstützt wurde sie dabei von langjährig in der Kommunalpolitik Aktiven, die mit konkreten Beispielen die Nutzung von beschlossenen Normen, angestrebten Zielen und zur Verfügung

stehenden Mitteln der EU für ihre Arbeit vor Ort dokumentieren.

Die gern von nationalistischen Kräften benutzte Behauptung, die EU sei ein „abgehobenes, bürokratisches Monster“, kommt so unter Druck. „In der Handreichung wird beispielhaft Licht ins Dunkel europäischer Gesetzgebung gebracht: das Beihilferecht, der Klimasozialfonds, die Mindestlohnrichtlinie oder Festlegungen aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte werden vorgestellt. Viele soziale Standards, die die EU gesetzt hat, sind nutzbar, wenn Kommunen das wollen, auch wenn die Verbindlichkeit der sozialen Rechte erst umfassend erkämpft werden muss.“ (M. Michels)

Inhaltsverzeichnis

Martina Michels zum Anliegen der Handreichung	4
EINSTIEG FÜR EILIGE:	
WAS TUT DIE EU FÜR MICH?	
WIE WIRKT DIE EU IN KOMMUNEN?	7
KAPITEL 1: VERTRÄGE, GREMIEN, GESETZE UND VERORDNUNGEN	
DER EU, DIE KOMMUNEN BESONDERS	
BETREFFEN – EINE AUSWAHL	11
BREAKING NEWS I: Der Klimasozialfonds	11
Wo entstehen globale Krisen und ihre lokalen Folgen, wo müssen sie politisch angepackt werden?	13
Mehr Demokratie: Wie wäre es mit einer kommunalen Kammer in Brüssel?	15
Mehr Investitionen: Was spricht für einen EU-Haushalt ohne Schuldenbremse?	17
Lindners Schuldenbremse: gefährliche Folgen für die EU und Widerstand aus Ländern und Kommunen	18
Weg mit der Investitionsbremse: linke Forderung mit kommunalpolitischer Tragweite	20
BREAKING NEWS II – Reform des Beihilferechts in kleinen Schritten	21
Fragwürdige Speerspitze der Liberalisierung: Beihilferecht bestimmt über das Vergaberecht der Kommunen	23
BEISPIELE UND LÖSUNGEN I: Flickenteppich im öffentlichen Nahverkehr beenden	25
BEISPIELE UND LÖSUNGEN II: Wasserrahmenrichtlinie wirklich umsetzen	27
KAPITEL 2: FLUCH UND SEGEN DER EU-STRUKTUR- UND FÖRDERPOLITIK ..	29
Download bei: https://www.martina-michels.de/europa-vor-ort/was-tut-die-eu-eigentlich-fuer-mich-fuer-mein-dorf-fuer-meine-stadt/	
Direkt: https://www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/1024.1/a/fc7198.pdf	